

LKW-Parkplatz: Regierung betont nochmals die Vorteile

Regierungschef Mario Frick sieht einige Synergien und Vorteile durch LKW-Parkplatz

Regierungschef Mario Frick betonte am gestrigen Pressegespräch nochmals die Vorteile und Synergien, wenn sich unser Land am Bau des LKW-Parkplatzes beim Zollamt Schaanwald/Tisis beteiligen würde. Vorarlberg baue so oder so. Deshalb könnten beide Seiten einige Synergien und Vorteile gewinnen, wenn ein Teil liechtensteinischen Bodens miteinbezogen werden könnte. Dies betrifft zum einen die Verkehrsführung auf dem Zollgelände und die Busspur, die dadurch geschaffen würde.

Alexander Bailiner

Regierungschef Mario Frick ging am gestrigen Mediengespräch nochmals auf den geplanten LKW-Parkplatz beim Zollamt Schaanwald/Tisis ein. Er hob hierbei die Vorteile hervor, die eine Beteiligung unseres Landes an diesem Bau hätte. Vorarlberg baue so oder so, führte der Regierungschef aus. Man könne davon ausgehen, dass die Bauarbeiten von österreichischer Seite noch in diesem Jahr beginnen würden. Mario Frick unterstrich: «Wenn ein Teil Boden von liechtensteinischer Seite miteinbezogen werden kann, dann kann man einige Synergien gewinnen, von denen beide Seiten einen Nutzen erzielen können. Für die Verkehrsführung auf dem Amtsplatz ist es ringer, wenn man einen Teil liechtensteiner Boden beiziehen kann.



Das Zollamt Schaanwald/Tisis mit seinen LKWs. Die Meinungen gehen auseinander, ob Liechtenstein beim geplanten LKW-Parkplatz mitmachen soll oder nicht.

Das ist der Vorteil, den das Land Vorarlberg hätte. Unser Vorteil wäre, dass wir beim Zollamt acht Parkplätze auflösen könnten, wo man dann eine gut 150 Meter lange Busspur realisieren könnte. Diese acht Parkplätze würden aufgelöst und auf den Amtsplatz integriert.»

Streitpunkt Busspur

Im Mittelpunkt steht diesbezüglich die Busspur, die es zwar heute schon gibt, jedoch mehrheitlich von LKWs benutzt wird. Egon Matt, Abgeordneter der Freien Liste, betonte gestern auf Anfrage des Volksblatts, dass man diese Busspur nicht

durch LKWs besetzen solle, sondern den öffentlichen Verkehrsmitteln wieder zugänglich gemacht werden müsse. Diese Problematik sieht der Regierungschef ebenfalls. Sein Lösungsansatz unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von jenem des Abgeordneten Matt. Mario Frick führte am Pressegespräch aus: «Nur schon zur Bereinigung der heutigen Situation, wo die LKWs auf dem Busspurbereich stehen, zu verbessern, braucht es diesen Amtsplatz. Deshalb auch die Aussage, Ziel und Zweck dieser Massnahme, das ist belegt und nachvollziehbar, ist nicht den Letzetunnel zu er-

möglichen, sondern eine jetzige unzulängliche Situation, die schon seit Jahre korrigiert gehört, zu korrigieren. Und um nichts anderes geht es. Ich finde es schade, dass die Busspur, die den öffentlichen Verkehr forcieren sollte, heute entsprechend durch LKWs belegt ist.» Zudem widersprach der Regierungschef erneut jenen, die behaupten, dass dieser Parkplatz im Zusammenhang mit dem Letzetunnel zu sehen sei. Falls der Letzetunnel gebaut würde, wäre die geplante Grösse des LKW-Parkplatzes niemals ausreichend. Regierungschef Mario Frick führte aus: «Man muss den Ansatz

unterscheiden. Wenn der Letzetunnel käme, bräuchten sie auch Parkplätze. Die Anzahl, die jetzt vorgesehen ist, reicht dann nie im Leben.»

Veto zur Erweiterung

Zudem betonte der Regierungschef nochmals, das ausgehandelte Veto zur Erweiterung des LKW-Parkplatzes, falls Liechtenstein mitmachen würde. Dieses Veto hätte zur Folge, dass Österreich bei einem Nein Liechtensteins zu einer etwaigen Erweiterung die Erweiterung auch nicht umsetzen dürfte. Man müsse Vorarlberg trauen. Nicht alles was von Gorbach käme, bedeute gleich Letzetunnel. Man müsse unter Nachbarn vernünftig reden können. Mario Frick führte des Weiteren aus, dass man immer Wirtschaftswachstum, Industrie und Gewerbe wünsche, wenn es jedoch darum ginge, den Güterverkehr zu sichern, würde man Nein sagen.

Landtag hat das letzte Wort

Mario Frick unterstrich ebenfalls, dass der Landtag diesen Finanzbeschluss sprechen müsse. Es handle sich um einen Betrag in der Grössenordnung von 600 000 und 800 000 Franken. Es sei noch nicht geklärt, ob die Gemeinde Mauren die Baubewilligung hierfür beschliessen müsse, da es sich um Tiefbauten und nicht um Hochbauten handle. Der Entschluss, ob die Regierung dieser Planung zustimme, sei noch nicht gefallen. Wenn die Regierung den Bau befürworte, sei mit dem Bericht und Antrag an den Landtag noch vor der Sommerpause zu rechnen.

Art. 10 OTab/TabV

Nuit gravement à la santé. Rauchen gefährdet die Gesundheit. Fumare mette in pericolo la salute.